

Wildbader Tagblatt.

Amtsblatt für Wildbad. Tag- und Anzeigebblatt für das obere Enztal.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis Mk. 2.— vierteljährlich Mk. 5.— monatlich 1/3.— monatlich frei ins Haus geliefert; durch die Post im Inlandsverkehr Mk. 2.70 mit Postzuschlag. Im Falle von längerer Ermittlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Wildbad außerdem die Anzeiger-Verwaltung entgegen.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., außerhalb des Bezugs 40 Pfg., Reklamazeilen 1 Mk. Bei größeren Anzeigen Rabatt nach Tarif, der im Falle des Nachvertrages hinwiederum. Schluß der Anzeigenannahme abends 7 Uhr. Für teilsweise Aufträge wird besonderer Preis übernommen. Druckkosten 24 bei der D. V. -Spezialdruckerei. Dankbettel bei der Direction der Anzeiger-Verwaltung Wildbad.

Anzeigenannahme in Wildbad: Buchhandlung S. Paucke, Wilhelmstraße 99, Fernsprecher 23.

Druck und Verlag der E. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Remchingen.

Nr. 54

Wildbad, Samstag den 6. März 1920

1. Jahrgang

Deutschland.

Berlin, 4. März. In den Kreisen der Mehrheitsparteien ist man der Ansicht, daß die Neuwahlen frühestens im Herbst vorgenommen werden können. Nur bei den Demokraten ist eine Minderheit für Wahlen im Frühjahr vorhanden. Das Zentrum dürfte sich besonders wegen des Ergebnisses des Selbstschicksals für den Herbst entscheiden. Die Mehrheitssozialisten geben, nach den Neuwahlen befragt, meistens eine ausweichende Antwort.

Berlin, 4. März. In den Gerüchten über die Kabinetts-umbildung sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, mit dem Abschluß des Selbstschicksals sei wohl kaum vor Mitte des Monats zu rechnen, ebenso nicht mit einer etwaigen Aenderung des Kabinetts vor Eintritt des letzten Märzdrittels. Anzeichen für umfangreiche Aenderungen liegen nicht vor.

Berlin, 3. März. Die Nationalversammlung bewilligte im Juli einen Kredit zur Senkung der Lebensmittelpreise von 3 Milliarden Mark. Dieser ist jetzt verbraucht. Praktisch ist er garnicht oder nur in sehr geringem Umfang in Erscheinung getreten. Die Regierung will sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Frage beschäftigen, ob ein neuer Kredit bewilligt werden soll. Es wären etwa 5 Milliarden Mark nötig, wenn der Kredit von Nutzen sein soll.

Berlin, 4. März. Das Reich zahlt an sämtliche Bundesstaaten für die Uebernahme der Eisenbahnen 42 Milliarden Mark, die allerdings nicht als Kapital, sondern als ewige Rente entrichtet werden sollen. — Bis 29. Februar war die Hälfte der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich zurückgeführt. Nach einer Meldung der Straßburger „Neuen Zeitung“ werden 26 Kriegsgefangene in Frankreich zurückbleiben, bis die gegen sie angehängten Prozesse abgeschlossen sind. — Die gestrige Urabstimmung über einen Streik in den Berliner Groß-Bäckereien gab eine bedeutende Mehrheit für den Streik. Der Streik ist sofort in Kraft getreten.

b. Lettow-Vorbed in Stuttgart.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat für Mittwoch abend in den Festsaal der Viederhalle zu einer Versammlung eingeladen, in der der Held von Ostafrika General v. Lettow-Vorbed sprechen sollte. Der Saal war zum Brechen voll und es lag etwas wie eine festliche Stimmung über der Versammlung, die sich in einem geradezu entzückenden Dank und Gruß auslöste, als General v. Lettow die Rednertribüne bestieg.

Dem schließlich war ja das überhaupt das Ereignis des Abends, den Mann lebhaft einmal zu sehen, unter dessen Führung es möglich war, Ostafrika bis zum Waffenstillstand zu behaupten. Man hatte es schon fast wieder vergessen im Wust des Tages, wie glänzend die Leistungen der deutschen Schutztruppe dort war. Die Höchstziffer unserer Kampftruppe, einschließlich aller Hilfskräfte, Sanität usw. betrug schließlich 3000 Deutsche und 11 000 Eingeborene. Denen standen gegenüber ein Heer von 300 000 Mann, das im Laufe der Jahre von 126—145 Generalen geführt wurde und nach englischen Angaben 125 000 Mann Verluste erlitt. Ueber dieses Vorgehen näheres zu erfahren, war wohl eine verlockende Sache und die unterhaltensreiche Mauderer ließ erkennen, um wie vieles romantischer so ein Kolonialkrieg zu Zeiten war, gegenüber den lähmenden Stellungskämpfen auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Besonders interessant waren dabei auch die Schilderungen über die Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte und der Naturschätze des Landes. Sehr anschaulich schilderte der Redner die Wirkung des Verlustes von Südwafrika auf die ostafrikanischen Kämpfe. Die Verstärkung, die dadurch der Gegner erhielt, nötigte den General schließlich, zu einer mehr inhaltstenden Form der Kriegsführung überzugehen. Ueber die Zuerückführung und Treue der eingeborenen Truppen war der Redner voll des Lobes. Das Bild wurde durch die Schilderung von Büffel- und Elefantenjagden als Hilfsmittel der Verpflegung und durch ähnliche afrikanische Erlebnisse besonders farbig. Die Verpflegung war zuweilen so kritisch, daß sie zum Verhängnis zu werden drohte, aber sie haben auch diese Schwierigkeit mit bewundernswürdiger Erfindergabe und großer Entfaltung überwunden.

Im Hand von Karten zeigt der Redner die ungeheuren Fahrten und Streifzüge, die in dem mehr als doppelt so großen Gebiet wie Deutschland vor dem Kriege gemacht werden mußten. Und man empfand selbst, was v. Lettow auch ausdrückte, daß, wie er sich ausdrückte, viel Dufel dazu gehörte, wenn alles so gelingen sollte. Sehr schüchtern habe schließlich der Verlust durch Krankheiten, vor allem unter den Europäern, gewirkt, auch die Gerätschaften, Ausrüstung, Verbandmaterial, Kränze, Munition waren fast vollständig verbraucht, für vieles mußte künstlich nach Art der Eingeborenen Ersatz geschaffen werden. In dieser verzweifelten Lage mußte die Truppe auf 200 Europäer und 8000 Eingeborene vermindert werden. Mit diesem Heer zog der General gewissermaßen wandernd umher, um zu erpöhen, wo er den Feind überfallen konnte, um von ihm Beute zu machen, zur Ergänzung dessen, was man selbst nicht mehr hatte. Diese Gelegenheit zeigte sich auch bald und immer wieder und führte zu glänzenden Erfolgen. So gelang es der Truppe sich nicht nur bis zum Waffenstillstand zu halten, sondern sie war in dem Augenblick günstiger gestellt als zu manchen anderen Zeiten, als die Nachricht der bedingungslosen Uebergabe kam, in die viele Soldaten der Truppe nur widerstrebend einwilligten. Den Eingeborenen habe der Krieg ein unvergeßliches Denkmal der Dingabe und Treue gesetzt und wir müssen bemüht sein, dafür zu sorgen, daß diesen Leuten ihre Entschädigung werde, die ihnen während des Krieges nicht gegeben werden konnte.

An dem Volk in der Heimat habe der Schutztruppe miffallen, wie sehr es alle gewaltigen Leistungen des Krieges vergessen habe. Der Redner hat die Empfindung, daß die Schutztruppe darum so begeistert empfangen wurde, weil mit ihr ein Stück „unbeschmutztes Soldatentum“ — türkischer Weisheit — in die Heimat zurückgeführt sei. Mit einem kraftvollen Ruf zur Einigkeit und Arbeit und zum Glauben an neuen Aufstieg des deutschen Volkes, schloß der Redner unter tosendem Beifall der Versammlung.

Dr. Böhringer erhob gegen den Raub unserer Kolonien Protest und verlangt das sofortige Mandat über diese für

Deutschland. Mit „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß die vaterländische Veranstaltung.

Schwindelhafte Kriegslieferungen.

Frankfurt, 3. März. Die Nationalversammlung wird sich demnächst mit einer Interpellation befassen wegen der von der hiesigen Kriegswunderabteilung aufgedeckten Durchstechereien großen Maßstabs durch Munitionsfabriken, insbesondere durch die Staatsfabrik Siegburg. Es handelt sich um die Lieferung minderwertiger Geschosse an die Heeresverwaltung, auf Grund von Bestechungen. Wie bis jetzt ermittelt wurde, sind 8 große rheinische Firmen in die Affäre verwickelt, die noch nicht völlig aufgedeckt ist. Von artilleristischen Sachverständigen ist erklärt worden, daß im Felde in der letzten Zeit des Krieges hauptsächlich bis zu drei Viertel der Geschosse unserer Armee entweder Blindgänger oder Frühkrepierer gewesen sind.

Die zukünftigen Post- und Telegraphengebühren.

Aus Berlin wird gemeldet: Ueber die zukünftigen Post- und Telegraphengebühren ist gestern im Verkehrsbeirat gesprochen worden. Es wird mit der größten Beschleunigung dem Reichsrat und Nationalversammlung eine Vorlage zur Beschlußfassung zugehen, aus der folgendes mitgeteilt sei:

Einheitliche Briefgebühr unter Fortfall der Ermäßigung für Orte und Vorortverkehr 30 Pfg., für Doppelbriefe 50 Pfg., Paketverkehr bis 5 Kilo im Kablerverkehr 125 Mk. (bisher 75 Pfg.), im Fernverkehr 2 Mark (bisher 125 Mk.), bis 10 Kilo 250 Mk. (bisher 150 Mk.) bzw. 4 Mark (250 Mk.), bis 15 Kilo 5 Mark (3 Mark) bzw. 8 Mark (5 Mark) und bis 30 Kilo 10 Mark (4 Mark) bzw. 16 Mark (6 Mark). Für dringende Pakete wurde bisher eine Gebühr von 2 Mark für jedes Paket erhoben. In Zukunft beträgt die Gebühr für diese Pakete das Dreifache der Gebühr für einfaches Paket. Die Drucksachengebühr wird verdoppelt. Die Postanweisungsgebühr beträgt in Zukunft bis 50 Mark 50 Pfg., über 50 bis 100 Mark 1 Mark, über 100 bis 500 Mark 150 Mark, über 500 bis 1000 Mark 2 Mark. Im Postschleppverkehr bleibt die bisherige Gebühr bestehen. Die Gebühren für Eilboten werden verdoppelt. Für Pakete, die nicht spätestens am zweiten Tage abgeholt werden, wird in Zukunft eine Lagergebühr von 30 Pfg. pro Tag erhoben. Der Zeitungsstarif wird völlig neu gestaltet. In Zukunft werden für eine Nummer von einem Mindestgewicht bis zu 20 Gramm 3 Pfg., für 25 bis 50 Gramm 4 Pfg. und je 1 Pfg. mehr für je weitere 10 Gramm erhoben.

Die Telegramm- und Telephongebühren betragen in Zukunft das Doppelte wie bisher. Die Pauschalgebühr für Telephonanschlüsse beträgt in Zukunft bei einem Netz bis zu 50 Teilnehmer 320 Mark (bisher 160 Mark), bei über 2000 bis 50 000 Teilnehmer 760 Mark, über 100 000 Teilnehmer 8 Hundert Mark. Weiter ist beabsichtigt, da die Post nicht mehr in der Lage ist, die steigenden Unterhaltungskosten für Telegraphen- und Telephonanlagen aus den laufenden Einnahmen zu decken, von jedem Fernsprechteilnehmer die Zahlung einer einmaligen Gebühr von 1000 Mark für jeden Anschluß zu fordern, die vom Reiche verzinst und zu dem Augenblick, wo der Teilnehmer den Anschluß aufgibt, zurückbezahlt wird. Für Nebenanschlüsse sollen 200 Mark bezahlt werden. Eine eventuelle Ratenzahlung für finanziell schwächere Teilnehmer ist vorgesehen.

Man hofft auf diese Weise einen einmaligen Betrag von 1000 Millionen zu beschaffen.

Neue Bezüge der Eisenbahnbeamten.

Berlin, 3. März. Nach den nunmehr abgeschlossenen Beratungen der Beamtenbefoldungsreform im Ausschuß der Reichsregierung dürfen die Eisenbahnbeamten eine erhebliche Verbesserung ihrer Bewertung in Aussicht nehmen. Der Gegenstandswert steht weitgehende Aufsteigermöglichkeiten in allen Dienstzweigen vor, die die wichtige Einstufung der Eisenbahnbeamten der Länder sicherstellen. Außerdem soll den besonderen Verhältnissen im Bahnunterhaltungs-, Zugbegleitungs-, Reinigungs-, Verschleiß-, Helferunterhaltungs-, Wagenunterhaltungs- und Lokomotivdienst dadurch Rechnung getragen werden, daß den Beamten in diesen Dienstzweigen durch das Befoldungsgehalt eine pensionsfähige Zulage zugesprochen wird, die sich in Gruppe zwei auf 300 Mark, in Gruppe drei auf 400 Mark, in Gruppe vier auf 500 Mark und in Gruppe fünf auf 600 Mark beläuft. Man wird annehmen dürfen, daß die Eisenbahnbeamten diesen Fortschritt zu würdigen wissen werden und daß die hieraus sich ergebende größere Arbeitsfreudigkeit die Leistungen im Interesse der Hebung der ganzen Volkswirtschaft wesentlich erhöht.

Auch nicht mehr radikal genug.

Dem ehemaligen württembergischen Revolutionsminister und früheren „Tagwacht“-Redakteur Cristfen, der in Berlin der radikale Parteivorstand der U.S.V.D. geworden war, ist schwerer Anheil widerfahren. Ein noch radikalerer Genosse als er ist, ein Rechtsanwält Broh, bis 1914 glühender Patriot und antextionistischer Länderverschlinger, hat ihn übertrumpft und den „Oberkonze“ der Partei vor seinen Freunden so hingestellt, daß sie ihn in Charlottenburg in einer Parteiversammlung niedergebrellt haben.

Die Notlage der Zeitungen.

Berlin, 3. März. Die demokratischen Abgeordneten Hermann-Posen, Kutsche und Steinsdorf haben in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht:

Die am 23. Februar in Weimar tagende Versammlung deutscher Zeitungsverleger hat sich mit einer Auslassung über die Lage des deutschen Zeitungsgewerbes an die Öffentlichkeit gewandt, deren inhaltliche Berechtigung rüchaltlos anerkannt werden muß. Die Löhne, die Papier- und Materialpreise sind in einer Weise gestiegen, daß ihre Abwälzung auf das Publikum in vollem Umfang nicht mehr möglich ist und daß damit die Gefahr besteht, daß mittlere und kleinere Zeitungen in größerer Zahl ihr Ergehen einstellen müssen. Welche politischen und ethischen Folgen das haben müßte, braucht kaum erwähnt zu werden. Ein schon vielfach erwandtes Mittel zur Bewahrung der Gefahr ist die Ueberlassung von billigem Holzschiff an die im Frage kommenden Papierfabriken, damit diese Druck-

papier zu einem niedrigeren Preis überlassen können, wobei auch zu erwägen ist, daß das entsprechend der Leistungsfähigkeit der Presse gestaffelt zu sein hat. Weitere Möglichkeiten, der Not der Presse zu steuern, liegen in einem Abbau der Anzeigensteuer, der hohen Post- und Telegraphengebühren. Die Reichsregierung hat Milliarden zur Verfügung gestellt, um die Reichliche Nahrung für das deutsche Volk einigermagen zu verbilligen. Im Vergleich dazu darf mit der geringen Zahl von einigen Millionen nicht gespart werden, wenn die geistige Nahrung seiner Presse sichergestellt werden muß.

Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit, und wenn nicht, was in bezug auf den bevorstehenden Quartalswechsel besonders beschleunigt werden, die Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der deutschen Presse erforderlich sind?

München, 3. März. Die Kreisgruppe Oberbayern des Vereins Bayer. Zeitungsbetreyer hat in ihrer sehr gut besuchten Versammlung in München einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die unerträglich, von Tag zu Tag wachsende Steigerung der Papierpreise und aller sonstigen Herstellungskosten den Bezugspreis aller Tageszeitungen und Wochenblätter, wo irgend möglich, schon ab 1. März durchschnittlich um 100 Prozent zu erhöhen und auch eine entsprechende Erhöhung der Inseratenpreise vorzunehmen.

Das Verhältnis zu Rußland.

Berlin, 3. März. Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Rußland zu folgendem Ergebnis gelangt: 1. der Weichung der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird beigegeben. 2. Die Absicht wirtschaftlicher und industrieller Kreise, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihr Förderung angedeihen lassen zu wollen, um dann demnächst die Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Die deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 4. März. Es wurde ein Antrag der Frau Agnes und Gen. beraten, betr. Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten für das Reichsgebiet. Abg. Dr. Cohn (U.S.V.) begründete den Antrag: Die Maßnahmen des Militärbefehlshabers auf der Grundlage des Belagerungszustandes richteten sich gegen die U.S.V. und brüden sich nicht nur in den Freiheitsverboden und in der Aufhebung der Versammlungsfreiheit aus. Vom Standpunkte der Regierung dürfte eigentlich nur ein Reiseverbot erfolgen, nämlich ein solches gegen den Minister Noske, der die Auslands- und Inlandspolitik für den Porzellanladen anzusehen scheint, auf dem er bei Interviews mit In- und Ausländern loslagern zu glauben darf. Bei der Beratung der Verfassung ist es niemand eingefallen, mit dem Artikel 48 dem Reichspräsidenten oder gar dem Reichswehrminister das Recht einzuräumen, in einem Bezirk des Reiches wie in Düsseldorf besondere Gerichte einzusetzen, die auf Todesstrafe erkennen dürfen. Die sozialdemokratische Partei unterstützt diese Richtung. Die heute Regierung mißbraucht ihre Machtmittel genau so wie die alte. Reichsminister Schiffer: Die Ausführungen des Vordröners widersprechen dem Geist des Artikels 48 der Reichsverfassung. Es ist in dem Artikel genau vorgegeben, welche Paragraphen der Reichsverfassung durch Verordnungen des Reichspräsidenten behufs Aufrechterhaltung der Ordnung außer Kraft gesetzt werden können. Die demokratische Regierung muß stark sein. Reichsminister Noske: Die wilden Eisenbahnerstreiks, die Vorgänge vor dem Reichstage zwingen die Reichsregierung zu energischen Maßnahmen. Die Verordnung richtet sich gegen bewaffnete Banden, nicht gegen losstreifende Bergleute. Die Todesstrafe, von der so viel die Rede ist, ist von der Befähigung des Reichspräsidenten abhängig. Bedroht wird lediglich, wer an einem Aufruhr teilnimmt. Wir haben mit der Anwendung schärfster Mittel bis zum Außerstande gewartet. Es ist nur Vergebung der Bergleute, wenn behauptet wird, Streikende seien wegen des Streiks vor diese Gerichte gebracht worden. Ein Kriegsurteil ist nicht gefällt worden. Als die Unabhängigen im Ruhrgebiet die Gerichtsbarkeit hatten, war es schlimmer als unter dem Belagerungszustand. Der Belagerungszustand im Ruhrgebiet bleibt bestehen, so lange dort Gewalt und Terror einer Minderheit abgewehrt werden müssen. Die furchtbare Lage unseres Landes gehattet nicht, auf strenge Anwendung aller Mittel zu verzichten. Alle die über Gewalt schreien, mögen selbst auf Gewalt verzichten. Die Anträge werden abgelehnt.

Zweite Beratung des Entwurfes des Kapitalertragsteuergesetzes. — Nach verschiedenen Auseinandersetzungen wurde § 3 in der Ansichtsfassung angenommen, mit einigen Abänderungsanträgen der Demokraten, darunter demjenigen, daß bei den auf Grund des Reichsrentengesetzes angemeldeten Betrieben nur der Ueberschuß der Zinsentnahmen über die Zinsausgaben im laufenden Rechnungsjahre der Steuer unterliegt, ebenso demjenigen, daß die Kirchen und religiösen Gemeinschaften vom Gesetz ausgenommen werden. — § 7 wurde auf Antrag Mund in der folgenden Fassung angenommen: Steuerträger ist der Gläubiger. Die Ueberwälzung der Steuer ist verboten. — Der Rest des Gesetzes wurde angenommen.

Ausland.

Bern, 4. März. Der Nationalrat genehmigte mit 125 gegen 50 Stimmen den Bundesbeschlus betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbunde. Die amerikanische Klausel wurde fallen gelassen. — Das Schweizer Ernährungsamt hebt die Rationierung für Juder vom 25. März an, für Milch vom 1. April an auf.

Paris, 3. März. Die wegen des Streikbefehls und wegen Anfordern des Militärs zum Angehorsam verhafteten Sekretäre der Eisenbahnergewerkschaften wurden am Mittwoch provisorisch wieder freigelassen.

Tokio, 2. März. Eine japanische Mission wird sich nach Paris begeben, um den Gesandten zu unterstützen und es Japan zu ermöglichen, in den verschiedenen durch den Friedensvertrag vorgesehenen Ausschüssen vertreten zu sein.

Tirol will zu Deutschland.

Wien, 4. März. Aus Innsbruck wird den „Wiener Stimmen“ geschrieben, daß in einem vom Landesobmann Schraffer geleiteten Aufruf auf die Lebensunmöglichkeit Österreichs in seiner jetzigen Form hingewiesen wird mit der Begründung, daß es mehr als zwei Drittel der Lebensmittel einführen müsse, keine Rohmaterialien habe und seine Arbeiter nicht beschäftigen könne und daß es, da sein wertvollster Besitz vom Ausland gebildet sei, kein lauffähiges Geld besitze. Er fordert daher, daß der einstimmige Beschluß des tiroler Landtags, Tirol wirtschaftlich an Deutschland anzuschließen, nicht ad acta gelegt, sondern von der Regierung solange bei der Entente vertreten wird, bis dieser Anschluß ermöglicht wird.

Erzberger im französischen Urteil.

Der „Temps“ nennt den Rücktritt bedauerlich, da Erzberger stets für reiflose Erfüllung des Vertrages durch Deutschland eingetreten sei. — „Journal des Debats“ schreibt: Solange Erzberger in der Regierung war, hatten die Kämpfer eine „gewisse Bürgschaft“, daß die Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt wurden. Es sei fraglich, ob die günstige Lage auch nach dem Rücktritt Erzbergers fortauern werde.

Deutschland muß geholfen werden!

Paris, 3. März. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in London, Bertinax, berichtet in einem Telegramm von heute nacht, das wirtschaftliche Manifest, das die Alliierten veröffentlichen würden, sei in seinem Wortlaut im Laufe des heutigen Nachmittags festgestellt. Das Manifest beginne mit einem langen Vorwort, in dem die Notwendigkeit betont werde, Deutschlands und Russlands wirtschaftliche Wiederherstellung sicherzustellen, indem man ihnen Rohmaterialien liefere. Frankreich begreife, daß es nicht an der Seite eines Deutschlands leben könne, das von Anarchie und Elend beherrscht werde, und daß es nur entschädigt werden könne durch die deutsche Arbeit. Aber Frankreich habe das Recht, zu verlangen, daß seine begründeten Forderungen aufrecht erhalten werden, und wenn man dem Wunsch anhäre, das besiegte Deutschland wieder emporzubringen, dann sei Frankreich berechtigt, zu fordern, daß man die versprochenen Wiedergutmachungen sicherstelle. Bertinax meint, im baskischen Europa von 1920 werde das wirtschaftliche Manifest nicht einer Kapitulation vor dem Germanismus gleichkommen.

Paris, 3. März. Der neuernannte englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, erklärte dem Londoner Korrespondenten der „Chicago Tribune“, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder emporzuarbeiten. Es werde Deutschland eine Anleihe bewilligen, damit es seinen Verpflichtungen nachkommen könne.

Der Frieden mit der Türkei.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Türkei in Zukunft keine Kriegsschiffe halten darf. Den jetzigen Absichten des Obersten Rates zufolge wird die Verkleinerung des türkischen Gebietes die Bevölkerung der Türkei von 30 auf 6 Millionen vermindern. Die der Türkei abgenommenen Gebiete werden vielleicht zur Uebernahme eines Teiles der türkischen Schuld herangezogen werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. März. Die gestrige Mitgliederversammlung der Deutsch-demokratischen Partei im Gasthaus zum Wären, in deren Mittelpunkt ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Hoppf-Stuttgart über „Wege und Ziele der inneren und äußeren Politik“ stand, dürfte sich eines guten Besuches aus den Kreisen der Mitglieder wie von Freunden der Partei sowohl hier wie auswärts erfreuen. Wir stellen letztere Tatsache fest, um auch den Eifer jener Wären aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen, die Gelegenheiten verschäumen, sich über politische Dinge zu orientieren. Die kommenden Neuwahlen machen es für jede Wählerin und jeden Wahlbürger zur Pflicht, sich mehr an dem politischen Leben zu beteiligen, um sich ein abschließendes Urteil zu bilden. Es ist ein Grundfehler des bürgerlichen Elements, daß es den Ernst der politischen Lage sowohl bei politischen Versammlungen wie bei Wahlen nicht genügend erfährt, wohl in Klagen über die Schwere der Zeit seinen Unmut Luft macht, dabei aber vergißt, daß es, vornehmlich bei Wahlen, selbst mitbestimmend ist an der Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Wer gestern der Versammlung nicht anwohnte, hat entschieden etwas veräumt.

In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorstand, Oberamtsfleher Kübler, auf den unheilvollen Ausgang des Krieges mit seinen nachteiligen Folgen hin. Man sage nicht zu viel, wenn man behauptet, die politische Umwälzung wäre auch ohne diese Vorgänge gekommen, denn es habe sich gezeigt, daß das alte System nicht mehr tragfähig war; es habe versagt. Die Umwälzung wäre vielleicht nicht durch die Revolution, sondern auf dem Wege organischer Entwicklung gekommen. Ein neuer Kurs war notwendig, ganz selbstverständlich war es, daß dieser Kurs nicht mehr autoritär sondern demokratisch sein mußte. Die Mißstände in unserem Wirtschaftsleben müssen unter allen Umständen sich bessern, so wie bisher könne es nicht mehr weiter gehen. Mit Bedauern sei festzustellen, daß die Volksmoral nachgelassen habe, daß Treu und Glauben nicht mehr in dem Maße geübt werden, wie das früher der Fall war; die Arbeitswilligkeit habe nachgelassen, eine Jagd nach Geld und Gut, die bei der zunehmenden Geldentwertung unverständlich sei, habe eingesetzt ohne Rücksicht auf den Nebenmenschen. Das deutsche Volk sei vor die inhaltsschwere Aufgabe gestellt, sich einer Neuorganisation von Staat und Gliedern zu unterziehen, eine sittliche Erneuerung sei notwendig, ein neuer Volksgedanke müsse gewacht und in das Volk hineingetragen werden, der ihm Ziel und Richtung gebe. Der politische Aufbau vollziehe sich nach politischen Grundfragen. Dem deutschen Volke sei ein ziemlich weitgehendes Maß von Mitbestimmungsrecht zugewiesen frei von obrigkeitlicher Bevormundung und Gebundenheit. Diese Grundgedenke, wie sie jetzt geübt werden, führen in der demokratischen Auffassung, daß eben nur ein freies Volk seine Kräfte voll und ganz entfalten kann. Dieses Mitbestimmungsrecht bringe natürlich nicht bloß Rechte, es lege auch Pflichten auf, Pflichten nach der Richtung, daß jeder Einzelne sich mehr um politische Dinge bekümmere, sich mehr politisch betätigen muß, um mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes, an der Schaffung einer besseren Zukunft. Das gesunkene Selbstbewußtsein müsse gehoben, das Verantwortlichkeitsgefühl jedes Einzelnen gestärkt werden.

In mehr denn einstündigen Ausführungen sprach darauf Abgeordneter Hoppf über das obige Thema in ruhiger und strenger Sachlichkeit. Seine Darlegungen fesselten ungemein und fanden reichlich Beifall. (Wir kommen noch darauf zurück. Schriftl.)

Rektor Bollmer nahm hierauf Veranlassung über die deutsche Einheitschule zu sprechen. Die Lehrerschaft habe sich entschlossen, dieses Thema in den nächsten Wochen schon durch einen Spezialpolitiker auf diesem Gebiete in einem öffentlichen Vortrag behandeln zu lassen. Den gegen die Lehrer erhobenen Vorwurf, sie wolle die Religion aus der Schule entfernen, wies er als eine mit den Tatsachen im Widerspruch stehende Unterstellung zurück.

Auf Anregung des Vorsitzenden äußerte sich Abg. Hoppf über die Stellungnahme der Deutschen demokratischen Partei zur Religion, als deren alleinige Stütze sich die Redner der Bürgerpartei in deren Versammlungen darstellen und die bösen Demokraten als jene bezeichnen, welche den Kindern die Religion aus dem Herzen reißen wollen. Ganz besonders werde von dieser Seite mit dem Schlagwort, die Religion sei in Gefahr, bei den Frauen freibändig gegangen. Er finde es begreiflich,

wenn dadurch bei den Frauen die Meinung erweckt werde, bei den Bürgerparteilern und Konservativen sei die Religion am besten aufgehoben; diejenigen seien nicht die besten, welche die Religion so oft auf den Lippen tragen. Religion sei Drogen-sache. Politik und Religion hätten nichts miteinander zu tun. Wenn einer der Religion in der Vergangenheit schade, war es das Vereinzeln derselben in die politischen Versammlungen; damit sollte man endlich aufhören. Seit Jahren mache man die Beobachtung, wie weite Volkskreise sich der Kirche entfremdeten, namentlich solche, welche der Sozialdemokratie angehören. Woher kam das? Die Kirche war Staatskirche, mit einer der Trägerin des bestehenden Systems. Durch den Fall dieses Systems sei auch die Kirche in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb könne die von vielen gutgesinnten Kreisen erstrebte Entstaatlichung der Kirche dieser nur zum Nutzen und Segen gereichen. Redner weist auf Nordamerika hin, wo Kirche und Staat nichts miteinander gemein hätten. Man solle einen Lehrer nicht zwingen, Religionsunterricht zu erteilen, ebensowenig, wie man ein Elternpaar hierzu zwingen soll, die Kinder in den Religionsunterricht zu schicken. Die Deutsche demokratische Partei sei für Freiheit im wahren Sinne des Wortes, auch für Gewissensfreiheit. In diesem Sinne stelle sich die Partei zur Religion und sie glaube damit nicht bloß der Religion sondern auch den Menschen einen guten Dienst zu erweisen.

In Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Vorstand und Ausschuss stillschweigend in ihren Ämtern bestätigt; für den durch Geschäftsbesuch in Anspruch genommenen Kassier Luz Kostretar Schurr mit dessen Einverständnis als solcher berufen, zu engerer Fühlungnahme der Mitglieder unter sich zwecks Aussprache über politische Angelegenheiten öftere Zusammenkünfte angeraten und hierauf die Versammlung mit Worten des Dankes an den Redner und die Anwesenden geschlossen mit dem Wunsch, daß das Gehörte dazu angetan sein möge, der Partei neue Mitglieder zuzuführen.

Herrenloh, 4. März. Einer der gewandtesten Redner der Deutschen demokratischen Partei, Landtagsabgeordneter Stadtpfarrer Lamparter, wird hier kommenden Sonntag in der Bahnhof-Restaurant „Ueber die politische Lage“ sprechen. Thema und die Person des Redners versprechen interessante Momente, darum ist allgemeiner Besuch der Versammlung zu empfehlen. (S. Inserat.)

Enzlstädte, 1. März. Auf Grund der Pressenachricht über die Namen der in die Liste der sogenannten Orte neuartig zusammen Gemeindefürsorge in die Staatsbeamten und Angestellten von Enzlstädte eine vollständig besuchte Zusammenkunft ab und geben einmütig ihrer bitteren Enttäuschung über die Beiseitsetzung des obersten Enzlstädte lebhaften Ausdruck, besond. daß nachgerade jedes Kind weiß, daß wir hier auf dem teuren Acker Erde wohnen. Einer besonderen Eingabe, um dies beweiskräftig darzutun, hätte es eigentlich wahrhaftig nicht bedürfen sollen. Das bei der Frage der Berücksichtigung benützte Schema scheint sich merkwürdigerweise ängstlich an die Eisenbahnlinien anzulehnen, als ob die abgelegenen Orte nicht öfter daran wären und für ihre exorbitanten Ausgaben z. B. an Boten- und Frachtkosten oder den Sägen für auswärtigen ärztlichen Dienst etc. etwas herausbezahlt bekämen. Die schöne Liste bedient weithin landwirtschaftlich gut entwickelte und gestellte Gegenden, von denen wir mit viel Mühe und Kosten etwas zu beziehen suchen müssen; wir in unserem Wald haben ja mangels aller aderbaulicher und sonstiger Erzeugnisse die herrliche Lust, von der man prächtig leben kann; das genügt. Es ist unglaublich, aber offenbar Tatsache, daß uns Gemeinden vorgezogen wurden, mit deren Lage wir mit Freunden tausenden würden und Nachbarorte in die zweite Klasse aufgerückt sind, die unter viel günstigeren Umständen leben. Wir werden nicht ruben dürfen, bis auch für uns vergessene Hinterwälder ein gerechter Ausgleich geschaffen wird.

Württemberg.

Diesau, 4. März. (Unfall.) Ein Langholzfabrikwerk ist auf der Steige nach Althengstett verunglückt. Es kam dadurch ins Kutschen, daß die Kette des Radachs brach. Ein Pferd wurde getötet. Das andere ist schwer verletzt.

Stuttgart, 4. März. (Der 11. Turnkreis Schwaben) sieht für den Turn- und Spielplan 1920 einen Kreiswettbewerb in Aussicht vor. Zum Austrag kommen ein Zwölfkampf für Turner von 18 bis 35, ein Reckkampf für Turner von 36 und mehr Jahren, sowie für die Jugendklasse von 14 bis 17 Jahren. Für die Turnerinnen ist ein Fünfkampf in vollständigen Übungen geplant. Weiter finden noch Meisterschaftswettkämpfe im Laufen, Springen, Stoßen und Werfen, sowie in den verschiedenen Spielen statt.

Mundelsheim, 4. März. (Frühe Blüte.) Am Haus des Ehr. Verweger sind seit einigen Tagen mehrere Zweige eines Apfelfreibaums in schöner Blüte.

Friedrichshafen, 4. März. (Arme Kinder.) 600 Wiener Kinder sind mit einem Extrazug hier eingetroffen, wo die Verteilung von 400 auf die betreffenden Oberämter erfolgte, während 200 der Kinder mit dem Mittagszug ins Badische weiterzuführen. Im Bahnhof, im „Buchhornhof“ und in St. Antonius wurden die Kleinen, die einen vollen Tag unterwegs waren und teilweise mitleiderregend ausluden, verpflegt. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ stellt fest, daß seit September 1919 50 000 österreichische Kinder ins Ausland geschickt wurden. In der jahrtausende alten Geschichte der Menschheit wird dieser Fall einer Kinderbevölkerung wohl einzig dastehen.

Leutkirch, 4. März. (Glück im Unglück.) Einem Bauern in Legau hat neulich ein Warden fast das ganze Hühnervolk getötet. Der Bauersmann jammert auf's Heftigste nachts eine Denne in den offenen Hühnerstall, legte aber auch eine Falle. Ein andern Morgen hing der Warden tot im Eisen, der Bauer aber bekam 1500 Mark für den Rest.

Korb, O.-M. Waiblingen, 4. März. (Protest der Weingärtner.) Eine Versammlung der Weingärtner des Remstal's war von mehr als 500 Personen aus sämtlichen Weinbaugemeinden besucht. Die Weingärtner nahmen Stellung gegen die neueste Verfügung des Ernährungsministeriums über die Weinbesteuerung, wonach die Preise um 150 Mark für den Eimer erhöht worden sind und angeordnet wurde, daß die Weingärtner die darüber hinaus erhaltenen Beträge zurückzahlen haben. Es wurde beschloffen, die Aufhebung der Höchstpreisverfügung mit allen Mitteln zu betreiben, da den Weingärtner nicht zugemutet werden könne, angesichts der seither eingetretenen ungeheuren Verteuerung aller Bedarfsartikel, Rückzahlungen zu machen. Wegen der Haltung des Zentrums in der Weinpreisfrage soll den zum Zentrum gehörigen Wirten und Händlern kein Wein mehr geliefert werden.

Waldsee, 4. März. (Gute und schlechte Geschäfte.) In einer hiesigen Wirtschaft wurden mehr als 200 Zentner Hafer, der stark mit Gerste vermischt war, entdeckt und beschlagnahmt. Abends wurde ein die Stadt passierender Zweifänner, der mit etwa 15 Säcken Brotfrucht und Mehl beladen war, angehalten und die kostbare Frucht ebenfalls beschlagnahmt. — Ein Schuhmachermeister im oberen Bezirk fertigte kürzlich 2 Paar Schuhe an und verkaufte sie an einen Schweizer um den Preis von 400 Mark. Der hiesige Handwerksmeister ließ sich den Verkaufspreis — 500 Franken — vom Käufer aus der Schweiz anweisen und erhielt nun dafür 8000 Mark in deutschem Geld.

Die „Angelernten“. Just am Geburtstag unseres früheren Königs — so wird der „Süddeutschen Zeitung“ geschrieben — habe ich ein biblisches Geschichtchen gehört, das sicherlich vielen guten Schwaben vom alten Schlag ein teils wehmütiges, teils vergnügliches Schmunzeln entlockt, und das ohne Zweifel auch dem hohen Herrn in Friedrichshafen, wenn er es, wie ich hoffe, erfährt, eine stille Freude machen wird. Geht da irgendwo auf der schönen Schwabenalb der Herr Pfarrer gemütlich durch sein

Büchlein, da und dort ein paar freundliche Worte mit seinen Pfarrkindern wechselnd. Da kommt er auch an das Haus der alten Bergbäuerin. Emig merkt sie, aber mit unfreudlicher Miene. „Nun, wie geht's immer, Bas Annamarei“, grüßt sie der geistliche Herr, „immer fleißig“. „Na mueß wohl Dr. Pfarr, 's geht so sowieso alles drunter und drüber, 's ist a Schand und a Spott“. Der Pfarrer beruhigt das Weible und meint, es werde mit der Zeit auch wieder besser kommen, nur Mut zum Ausbarren müsse man haben und Gottvertrauen. Darauf das alte Mütterle bekümmert: „Ob Herr Pfarrer, 's ist halt neg mai, seit mer kein glernte König mai bent!“

Baden.

Offenburg, 3. März. Die Franzosen machen sich wieder daran, die ehemalige Besetzung des Brückenlochsgebietes erneut aufzubauen. So sind in Vegelesburg neue Baracken zur Aufnahme von Besatzungstruppen erbaut und die schon weggeschafften Schilder- und Wachtbüchsen sind in vermehrter Anzahl wieder errichtet worden.

Wiesloch, 3. März. Hier ist der Bruder des Reichswehrministers, Saffnermeister Koske, aus der Gefangenschaft entlassen.

Mannheim, 3. März. Um den Kohlendiebstählen auf den Lagerplätzen an der Bahn Mannheim-Rheinau auf die Spur zu kommen, unternahm die Schwelbinger Gendarmerie mit Verstärkung durch andere Sicherheitsmannschaften an einem der letzten Morgen eine Streife. Sie verhafteten dabei 29 Personen, die schon 150 Zentner Kohlen zum Fortschaffen entwendet hatten.

Mannheim, 4. März. Bei der Firma Heinrich Lanz hier sind große Schiebungen in landwirtschaftlichen Maschinen aufgedeckt worden. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die beschlagnahmten Wagen ohne Berechnung das Werk verlassen haben und daß der zur Zeit abwesende Sohn eines Direktors der Firma Lanz an den Schiebereten beteiligt ist. Eine größere Anzahl der verschobenen Maschinen konnte bei verschiedenen in der Nähe Mannheims wohnenden Händlern beschlagnahmt werden. Auch sind lt. „R. M. Volksblatt“ schon einige Verhaftungen vorgenommen worden.

Vermischtes.

Aus dem Oberrhein, 1. März. Eine Weinheimer Möbel-fabrik erwirbt einen im Sägewerk in Reizen i. O. lagernden Fichtenstamm von 9 Kubikmeter Inhalt für 12 000 Mark. Dieser 9 Meter lange Stamm, der einen beträchtlichen Umfang hat, war vor 100 Jahren in einem Schiffe mit Holzladung bei Gernsheim im Rhein gesunken und konnte erst im Jahre 1911 gehoben werden.

Die begehrten deutschen Waren. Viele französische Firmen, hauptsächlich aus dem Süden Frankreichs, begehren deut. deutsche Waren „hintenherum“ durch die Schweiz zu beziehen. Die Schweizer Händler laden sich ins Fäustchen. Am begehrtesten sind übermazedonische Produkte: besonders Antipurin, Pyramiden, Cofein, Höllestein usw., aber auch andere chemische Erzeugnisse: Bromjale, Salicylalkohol können mit lohnend im Gewinn glatt abgesetzt werden. Auffallend stark ist die Nachfrage von französischer wie italienischer Seite nach Karbolsäure, die besonders von Uebersee gefordert werden.

Die Rationierung der Särge. Die Rätischlerei in Petersburg besitzt das Monopol für die Herstellung von Särgen im Gebiete der Stadt und Umgebung Petersburgs und übt dieses Recht in der Weise aus daß sie täglich 1000 Särge ausgibt. 1000 Särge täglich bedeuten 30 000 Tote im Monat und 360 000 Tote im Jahr, eine ungeheuerliche Ziffer. Und doch sind diese 1000 Särge im Tag zu wenig, denn nach übereinstimmenden Mitteilungen aus Petersburg sterben dort zurzeit monatlich über 40 000 Personen. Der Tod läßt sich nicht rationieren! Für Petersburg bedeutet diese Zahl den Verlust von jährlich 500 000 Menschen, bei einer Bevölkerungszahl von 1 Million die Hälfte, während in anderen Großstädten, wie in London die Sterblichkeitsziffer gewöhnlich ein Halb Prozent ausmacht, 50 Prozent, das ist die Ziffer der Pest!

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 4. März. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Württembergs hält am 27. und 28. März hier ihre ordentliche Landesversammlung. — Die Polizeidirektion hat gegen die Händler, die in Hotels und Wirtschaften alte Gebisse und Vrennstübe aus Platin aufkaufen, Strafverfahren eingeleitet. Es hat sich gezeigt, daß diese Auffäufer fast durchweg polnische und galizische Wanderhändler sind, die die zur Bekämpfung des unlauteren Handels und zum Schutz der anständigen Gewerbetreibenden erlassenen Vorschriften mißachten. Ihre Ausweisung ist im Gange. Mehrere von ihnen wurden sofort festgenommen.

Ulm, 4. März. Von München kommend, traf hier eine der militärischen interalliierten Unterkommissionen ein. Die Kommission bildet einen Teil der in München sich aufhaltenden Kontrollkommission der Entente und besteht aus einem französischen Oberlieutenant als Vorsitzenden, zwei weiteren Entente-offizieren und einem deutschen Verbindungs-offizier. Sie wird eine Prüfung der in Ulm und Neu-Ulm lagernden militärischen Bestände vornehmen.

München, 4. März. Durch das energische Eingreifen der Regierungskommission ist die Ruhe in Straubing wieder hergestellt. Die Arbeit ruht, sie soll aber nach Beerdigung der Opfer wieder aufgenommen werden. Reichswehrartillerie und berittene Truppen halten die Stadt besetzt. Die Opfer sollen nicht durch Schüsse der Reichswehrtruppen, sondern durch Geschosse aus den Weibern der Demonstranten getötet worden sein.

Frankfurt a. M., 4. März. Der römische Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ erfährt, daß Mittis Londoner Bemühungen für eine politische und wirtschaftliche Revision des Versailler Vertrages erfolgreich waren. Die Verbündeten hätten seinem Revisionsprogramm grundsätzlich zugestimmt.

Berlin, 5. März. Laut Berliner Lokalanzeiger teilt zu dem Fall Eugen Kirich (nicht identisch mit dem früheren Fremdenlegation Kirich) der Frankfurter Bürgerausschuß mit, daß nach den bisherigen Feststellungen drei Personen gewaltsam per Automobil nach der Besatzungsgrenze transportiert und dort einem französischen Offizier übergeben wurden. Sie sind, aller Wahrscheinlichkeit nach, von Mainz nach Nancy gebracht und dort erschossen worden.

Berlin, 5. März. Nach dem, was die „Boschische Zeitung“ aus den Reihen der Mehrheitsparteien hört, hat der Antrag der beiden Rechtsparteien auf Auflösung der Nationalversammlung im Mai keine Aussicht auf Annahme. Die Mehrheitsparteien würden sich voraussichtlich für Verschiebung der Wahlen bis Spätdenz sagt, daß der Versuch, das Reichswirtschaftsminister-Jahresende entschließen. — Die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ durch einen Zentrumsmann zu besetzen, von der Sozialdemokratie durch Stellung der Kabinettsfrage zurückgewiesen werden müsse. — Die Nachtragsforderung von 50 Prozent Gemeindefinanzsteuer wurde gestern von der Berliner Stadtverordnetenversammlung unter dem Widerspruch der Demokraten und Unabhängigen mit 54 gegen 39 Stimmen angenommen. — Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Transport aus Sowjet-Rußland mit 600 heimkehrenden Invaliden, sowie Frauen und Kindern, wurde bereits an der Demarkationslinie übernommen. Das Eintreffen des Transports in Deutschland kann in den nächsten Tagen erwartet werden.

Innsbruck, 5. März. In Borarlberg hat die Volkszählung 131 733 Einwohner gegenüber 145 408 Einwohnern im Jahre 1910 ergeben.



Brich, 4. März. In der vergangenen Nacht wurde gegen das amerikanische Konsulat in Zürich ein Attentat verübt. Eine Bombe wurde in der offenen Vorhalle vor der Haustüre niedergelegt. Es wurde bedeutender Sachschaden verursacht. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Polizei glaubt dem oder den Tätern auf der Spur zu sein.

Amsterdam, 4. März. Die „Times“ schreiben zu der Grenzregulierung zwischen England und Belgien im vormaligen Deutsch-Ostafrika: „Belgiens Anteil an dieser früheren deutschen Kolonie ist erheblich. Belgien gewinnt etwa 1800 Quadratkilometer wertvollen Landes und besitzt heute in Afrika über eine Million Quadratkilometer Land.“ — Einem „Castern Service“-Telegramm zufolge, hat sich die japanische Presse in der Frage der Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers auf den Standpunkt der Niederlande gestellt.

Paris, 4. März. In militärischen Kreisen wird berichtet, daß die Mitteilung des Generals de Castelnau in der Kammer, wonach der Rekrutenjahrgang 1920 stolz darauf sein werde, die Wacht am Rhein zu beziehen, auf tatsächlichen Beschlüssen des Generalstabs beruhe. Die jungen Rekruten sollen nach dreimonatiger Ausbildung sofort den Garnisonen in den Rheinländern zugeteilt werden, um die Demobilisierung der dort stehenden älteren Truppen zu ermöglichen.

Paris, 4. März. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern der aus Rußland und Polen zurückgekehrte General Massenot, die Parteien in Rußland seien deutschfeindlich. Wenn man den Weltfrieden sichern wolle, müsse man Deutschland von Rußland durch Pufferstaaten mit einem Ausgang zum Meer trennen. Die Unabhängigkeit und Wiederherstellung der Ukraine seien ihm besonders wertvoll.

Paris, 4. März. Die „Agence Havas“ meldet mit allem Vorbehalt eine Devisen aus London an den „Petit Parisien“, nach der in Portugal eine Revolution ausgebrochen und die Sowjet-Republik proklamiert worden sei. Eine Havas-Meldung aus Madrid widerspricht dieser Nachricht. Man wisse in Madrid davon nichts.

Kopenhagen, 4. März. Dänemark und Schweden erklärten ihren Beitritt zum Völkerbund.

Bukarest, 4. März. Kronprinz Karol von Rumänien hat eingewilligt, sich von seiner Frau zu trennen. Er hat eine Reise nach dem Orient angetreten und wird als Kronprinz demnächst wieder anerkannt werden.

Helsingfors, 5. März. Das Resultat der Sowjetwahlen in Moskau, die 1461 Sitze zu befüllen hatten, ergab für die Kommunisten 80 Prozent der Sitze. Die Menschewiki erhielten 43 und die Unabhängigen 21 Mandate.

Philadelphia, 4. März. Der Bankier Vanderlip von New-York erklärte in einer Rede über den Friedensvertrag: Die Entente sei vor der tatsächlichen Entwicklung der politischen Zukunft in Europa blind. Die Bolschewistenrevolte sei im Anzug begriffen und sie wird auch die Ententeländer heimsuchen, weil diese den Grundstein zu Deutschlands Vernichtung legten und

nicht bemerkten, daß durch diese Vernichtung der Bolschewismus künstlich erzeugt wurde. Es sei jetzt die Aufgabe Amerikas, dieses von der europäischen Best freizubehalten. In dem europäischen Brutberde müsse sich die Weltrevolution ausbreiten.

300 Mark Geldstrafe im Delferich-Prozess beantragt.

Berlin, 4. März. In der heute wieder aufgenommenen Verhandlung im Prozess Erzberger-Delferich setzte der Erste Staatsanwalt v. Clausen sein Plädoyer fort. Er erklärte, daß der Fall Dertling ausscheide, da Graf Dertling tot sei. Es könne nicht mehr bewiesen werden, ob er Erzberger mit Recht Unwahrhaftigkeit vorgeworfen habe. Ebenfalls scheide der Fall der belgischen Frage aus, da die Erörterung im Einverständnis beider Parteien unterbleibe. Es sei auch zweifelhaft, ob Delferich hierin bestraft werden könnte, da er in Notwehr gehandelt habe. Im Falle Böplau, wo die eidlichen Aussagen Erzbergers in direktem Gegensatz zu den uneidlichen standen, sei der Beweis von dem Angeklagten geführt. Wenn Erzberger Delferich vorwarf, daß er der leichtfertige Finanzminister sei, weil er nicht für Kriegssteuern gesorgt habe, so gehe aus Schwahns Aussagen hervor, daß Erzberger selbst gegen Kriegssteuern war. Auf Grund der belgischen Aussagen bezweifelte er, der Staatsanwalt, die Richtigkeit der Angaben Erzbergers über die Konferenz bei Bethmann Hollweg. Erzberger habe gleich nach dieser Konferenz das Gegenteil von dem, was Bethmann gesagt hatte, seinen Fraktionskollegen als Bethmanns Meinung mitgeteilt. Auch hier sei Delferichs Wahrheitsbeweis gelungen. Es könne auch als erwiesen gelten, daß Erzberger Czernins Bericht nicht vom deutschen Auswärtigen Amt erhalten habe. Die Erzbergerische Aktion gegen den II-Voortkrieg habe die Regierung überrascht, sodaß auch hier Delferich die Wahrheit behauptet habe. Erzbergers Verhalten nach der Friedensresolution sei der Regierung gegenüber nicht ehrlich gewesen.

Sodann beantragte Oberstaatsanwalt Krause nach nochmaliger Würdigung der einzelnen Ergebnisse der Beweisaufnahme den Angeklagten Dr. Delferich wegen Verleumdung nach Paragraph 185 in Verbindung mit Paragraph 186 des Strafgesetzbuchs in eine Geldstrafe von 300 Mark, zu verurteilen; ferner Aufhebung der Publikationsbefugnis an den Nebenkläger und Vernichtung bzw. Einziehung der Broschüre und der zu ihrer Herstellung benutzten Platten.

Hauptwahlen für Elternbeiräte.

Berlin, 5. März. In den am nächsten Sonntag stattfindenden Hauptwahlen für die Elternbeiräte wird von evangelischer Seite dringend aufgefordert, die unpolitische und christliche Liste zu unterstützen, damit die Schulen nicht zum Sammelpfad politischer Leidenschaft herabgewürdigt werden.

Der „Vorwärts“ warnt davor, die christliche unpolitische Liste zu wählen und sagt: Auch die Unabhängigen wollen bei Bildung der Elternbeiräte ihre politischen Absichten in der rücksichtslosesten Weise durchsetzen. Die Sozialdemokraten halten

es für das Beste, die Elternbeiräte nicht zu einem Mittel der Parteipolitik werden, sondern dazu helfen zu lassen, das gute Einvernehmen zwischen Schule und Haus herzustellen.

Linden-Lichtspiele Wildbad

Sonntag, den 7. März, nachm. 4 Uhr beginnend,

Hungernde Millionäre.

Großes soziales Drama in 6 Akten.
Johanna Zimmermann und Ludwig Hartau in den Hauptrollen.

Hungernde Millionäre ist ein Meisterstück der deutschen Kinematographie. Der Film baut sich auf sozialer Grundlage auf und behandelt als dramatische Unterlage die Arbeiterkämpfe der letzten Zeit.

Preise der Plätze:
1. Platz Mk. 2.50, 2. Platz Mk. 2.—.

Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt!

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Wilhelm Kull.

NB. Die Vorstellung geht von 4 bis 10 Uhr ununterbrochen.

Wir bitten dringend,

Inserate, mit deren sicherer Aufnahme gerechnet wird, stets tags zuvor aufzugeben. Für Inserate, die erst am Vormittag des Ausgabestages abgegeben werden (Todes-Anzeigen ausgenommen), kann eine Gewähr für Aufnahme an diesem Tag nicht übernommen werden. Im Interesse einer geregelten Zustellung unseres Blattes namentlich an die auswärtigen Bezüge ersuchen wir um Berücksichtigung unserer Bitte.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft über die

Abhaltung der Schlußprüfungen an den landwirtschaftlichen Winterschulen

vom 20. Februar 1920, veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 50 vom 1. ds. Mts., wird hingewiesen.
Neuenbürg, 4. März 1920. **Oberamt.**

Getreide-Ablieferung.

Diejenigen Landwirte, welche mit ihrer Getreide- und Hafer-Ablieferung noch im Rückstande sind, werden dringend ersucht, nächsten **Samstag, den 6. März** ihr Getreide im Lagerhaus abzuliefern.
Neuenbürg, den 4. Febr. 1920.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes:
Kübler.

Grubach.

Stammholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde beabsichtigt das durch Windsturm angefallene Laubholz in Abt. 1 Steinklaufe, ca. 250 Festmeter, unaufbereitet, auf dem Stod zu verkaufen.
Preisangebote sind bis **12. März ds. Js.** bei dem Ortsvorsteher einzurichten.
Den 2. März 1920.
Gemeinderat.

Gemeinde Weinberg.

Stammholz-Verkauf.

Am **Donnerstag, den 18. März 1920,** vormittags 10 Uhr, kommen auf dem hiesigen Rathaus aus dem Gemeindevwald 207 St. tannenes u. fordrenes Laubholz 2. bis 6. Klasse im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.
Den 4. März 1920.
Schultheißenamt.
Schäble.

Möller'sche Beamtenschule Oberndorf a. N.

Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelsschule auch für Mädchen.
Zur **Nachkur** wird von leicht Lungenkrankem **Zimmer mit Pension** auf einige Monate in Höhenlage gesucht.
Gefl. Antr. mit Preisangabe unter 31 an die Engländergeschäftsstelle erbeten.

Ein ordentlicher Junge wird als **Stahlgraveur-Lehrling** angenommen.
Kunstgewerbl. Graviranstalt Hsb. Huttelmaier, Pforzheim, Kallhardstr. 18.

Bergebung von Dohlen-Arbeiten.

Zur Entwässerung der Liebenzeller- und Schwarzwalddorfer hier sind an einen Unternehmer zu vergeben u. a.:

- Erdarbeiten, 1600 Kubikmeter,**
- Betonarbeiten, 52 "**
- Verlegen von Steinzeug- und Zementröhren verschiedener Lichtweite, zusammen rund 1200 lfd. Meter.**

Die Verdingungsunterlagen liegen auf dem Rathaus zur Einsichtnahme auf.

Angebote sind unter Benützung der vom Schultheißenamt zu erhaltenden Verdingungsauszüge unterschrieben und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens am **Dienstag, den 9. März, vormittags 10 Uhr,** beim Schultheißenamt einzureichen, woselbst zu diesem Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote stattfindet.

Zuschlagsfrist 6 Tage.
Schönbürg, O.A. Neuenbürg, 2. März 1920.

Schultheißenamt.
Hermann.

Gemeinde Weinberg.

Jagd-Verpachtung.

Am **Samstag, den 20. März 1920, vormittags 10 Uhr,** wird auf dem Rathaus hier die **Gemeindejagd** auf 3 bzw. 6 Jahre im öffentlichen Aufstreich verpachtet. Liebhaber sind eingeladen.
Den 4. März 1920.

Schultheißenamt.
Schäble.

Die höchste Zeit!
Ihr Ehelich steht auf dem Spiel.
Verlangen Sie mit gratis Broschüre über laborsicheren hygien. Bedarfsartikel Hunderte v. Dankschreiben von exz. med. Autoritäten gratis verschicken.
Schnellster Versand.
Großversandh. S. GRUNZIG
SPITZHAAR-FELDACH 31
Wasserwerkstraße 31

Ich suche sofort zu kaufen für vorgemerzte Käufer,
Villen, Fabriken, Geschäfte j. Art, Sägewerke, Güter.
M. Busom, Liegensch. Büro Karlsruhe, Herrenstraße 38

Rheumatismus

Gebe kostenfr. Auskunft wie Sie in 8-10 Tagen davon befreit werden.
P. Bensch, Karlsruhe I. B., Seminarstrasse 7. Rückporto erbeten.

Stodholz,

größeres Quantum, kaufen **Gebrüder Leo, Mühlader.**

Hertenalb.
Ein **Schwartensäger, 6 Kistenmacher** und **5 Bündler**

werden bei dauernder Beschäftigung und gutem Lohn eingestellt.
Sägewerk H. Bauer.

Stadtpflege Neuenbürg.
Vom Schulhaus können etwa 40 Faß

Latrine

an hiesige u. Auswärtige abgegeben werden. Anmeldungen sind zuvor an die Stadtpflege zu richten.
Den 5. März 1920.
Stadtpfleger Eilig.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Am **Samstag, nachmittags von 4-6 Uhr** werden von solchen Familien, die in die Liste der Minderbemittelten aufgenommen sind, und bisher noch keinen Schulbezugschein erhalten haben, **Anmeldungen für Schuhe** entgegengenommen. Die Ausgabe der Bezugscheine selbst erfolgt voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche.
Städt. Lebensmittelstelle: J. A.: Klink.

Neuenbürg.
Noch ist es Zeit, sich seine aufgespeicherten **Ziegen-, Kaninchen usw.** weiß gerben zu lassen oder vorteilhaft abzusetzen. Dies geschieht am besten bei **Chr. Dietrich, Turmstr. 95.** Dasselbst werden ältere **Bettvorlagen** wieder aufgefrischt.

Conweiler.
Suche zum sofortigen Eintritt einen **Jungschmied,** oder einen kräftigen **Jungen,** der Lust hat, das Schmiedehandwerk zu erlernen. Kost im Hause.
Friedrich Wader, Huf- u. Wagenschmied.
Habe ein noch sehr gut erhaltenes **Tafelklavier** preiswert zu verkaufen.
Chr. Förcher, Biebersberg, O.A. Neuenbürg.

Für **Konfirmations-Geschenke** empfehle ich mein reichhaltiges **Bücherlager,** sowie **Bibeln, Gesangbücher, Gedichtsammlungen, Gerolds Palmblätter etc.**
J. Paucke, Buch- und Kunst-Handlung, Wildbad.

Gesucht wird eine **3-4 Zimmer-Wohnung** gegen eine **Zweizimmer-Wohnung** mit Zubehör **zu tauschen.**
Gefl. Adressen an die Buchhandlung Paucke erbeten.

Nächste garantierte Ziehung **10. März 1920** 2. Feuerbacher **Geld-Lotterie**

Ziehung 24. März 1920 Hohenhaslacher **Geld-Lotterie** 2905 Goldgewinne aus 200000

80000 2 Hauptgewinne aus 200000

30000 Lospreis 1 Mk. Porto u. Liste 50 Pf. mehr. Glücksbriefe mit 13 Losen einschließlich Porto u. Liste 13 Mk. Zu beziehen durch **Eberhard Fetzer** Stuttgart, Friedrichstr. 56 Postcheck-Konto 5413 und die bekannten Verkaufsstellen.

Oberkollbach.
Verkaufe meine fünfjährige, schwere **Rotschimmel-Stute** (Belgier) unter jeder Garantie.
Joh. Georg Rentzler.

Oberniedelsbach.
Neuen **Anzug** Friedensware, Größe 1,65 m., hat zu verkaufen
Karl Arant.

Evangelischer Volksbund.

Ortsgruppe Neuenbürg.

Nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, wird im Gemeindehaus Herr Schulrat Baumann einen Lichtbildervortrag über das Leben Jesu halten, zu dem alle evang. Gemeindeglieder, Männer und Frauen, herzlich eingeladen sind.

Der Ausschuss.

Neuenbürg.

Am Sonntag, den 7. März findet im Auktionsaal ein

großes Wohltätigkeits-Konzert

zu Gunsten des hiesigen Kirchenglockenfonds statt, ausgeführt von der gesamten hiesigen Feuerwehrkapelle, wozu die verehrliche Einwohnerschaft freudl. eingeladen ist.

Eintrittspreis nach Belieben, jedoch nicht unter 1 M. Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Deutsch-demokrat. Partei Hösen.

Samstag, den 6. März, abends 8 Uhr

Versammlung

im Gasthaus zum „Ochsen“ in Hösen. Vortrag des Landtagsabgeordneten Stadtpfarrer Lamparter aus Stuttgart über:

Die gegenwärtige politische Lage.

Freie Aussprache. Jedermann ist eingeladen.

Deutsch-demokratische Partei Herrenalb.

Sonntag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr,

Versammlung

in der Bahnhof-Restoration. Vortrag des Landtagsabgeordneten Stadtpfarrer Lamparter aus Stuttgart über die gegenwärtige politische Lage. Freie Aussprache. Jedermann ist eingeladen.

Wildbad.

Empfehlung.

Das Abziehen und Abspähen alter Parkettböden, Pitschpine,

sowie Verlegen von Parkett- und Tannendielen wird rasch und pünktlich besorgt. Auskunft erteilt:

Wilhelm Wurz zur Eintracht.



Schuhwaren!

Pantoffeln

und Hausschuhe mit Ledersohlen

Gummi-Abfälle, Leder-, Nacco-, Seide- u. Eisen-garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhcreme in schwarz, weiß und farbig empfiehlt

Bermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

Kleider umsonst

fertigt das

Institut „Modern“

nicht an, aber zu staunend billigen Preisen. Anzug 150 M. Für guten Sitz und Verarbeitung wird garantiert. Komme selbst ins Haus. Karte genügt.

Wforzheim, Erbprinzenstraße 82.

Herrenalb.

Altpapiere, Zeitungen, Bücher, Kataloge etc.

kaufen zu höchsten Preisen

Gebr. Mayer, Papierwarenfabrik und Druckerei, Telefon 57.

(Wird auf Wunsch abgeholt.)

Birkenfeld.

Neu eingetroffen:

Gute Kaffee- u. Welschkornmühlen, ferner alle Arten gute feinfähige

Garten-Samen

empfiehlt

Wilhelm Knörzer, Bahnhofstr. 24.

Sozialdemokr. Partei Neuenbürg

Mitgliederversammlung am Samstag, den 6. d. M., abends 8 Uhr im Gasthaus zur „Eintracht“.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Neuenbürg.

Im Laufe der nächsten Tage trifft 1 Waggon drahtgepresstes

Wiesenheu

ein. Bestellungen sieht entgegen

Herm. Burghard jr.

Neuenbürg.

Einem gutenhaltenen

Kinder-, Lieg- u. Sigmagen,

sowie eine eiserne

Kinderbettstelle

preiswert zu verkaufen

E. Koch, Grafenbäusersteige 2.

Neuenbürg.

Einem 4teiligen

Hasenstall

ev. mit Hasen, hat zu ver-

kaufen

Bentel,

Wildbaderstr. 196, 1. Stock.

Neuenbürg.

Suche per sofort oder bis

15. ds. Monats ein

Küchenmädchen

nicht unter 17 Jahren.

E. Burghard j. Bären.

Wildbad.

Auf 15. März wird jüngeres

Mädchen

für Küche und Hausarbeit neben Stütze gesucht. Gute

Behandlung und Bezahlung.

Frau Böding,

Willa Waldfrieden.

Ehrliches, solides, jüngeres

Mädchen

zur Beihilfe für Küche und

Haushalt zu baldmögl. Ein-

tritt gef. Konditorei Koch,

Wforzheim, Leopoldstraße 10.

Ordentliches Mädchen

für Küche und Haushaltung

auf 15. März gesucht. Lohn

bis 100.-

Frau Hugendubel,

Stuttgart, Holzstraße 6.

Hausmädchen,

welches auch etwas Garten-

arbeit übernimmt, wird bei

hohem Lohn für kinderlosen

Willenhaushalt gesucht.

Frau Scholz,

Baden-Baden,

Gunzenbachstr. 27.

Suche per sofort ein

braves Mädchen

von 14 bis 16 Jahren als

Stütze der Hausfrau.

Franz Kader, Schuhge-

schäft, Mannheim-Neckarau,

Neckarauerstraße 67.

Wildbad.

Wohnungs-

Mietverträge

Schuldscheine

Lehrverträge.

Zahlungsbefehle

sind zu haben bei

J. Paucke, Buchhandlung.

Wildbad, den 5. März 1920.

Statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Tief erschüttert teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß meine liebe Frau, unsere gute, treu-beforgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegertochter

Eisette Walter,

geb. Döhle

nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 36 Jahren uns unerwartet schnell durch den Tod entziffen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Oskar Walter und Tochter.

Die Beerdigung findet Samstag nachm. 3 Uhr von der Bergbahn aus statt.

Neuenbürg.

Kaufe Lumpen u. Eisen jeder Art,

zahle für Lumpen per Kilogr. 1.50 M., für Eisen, je nach Qualität, bis 2 M.

Wilh. Wentsch, Sägerweg.

Feldrennach.

Herren-Anzugstoffe

in schwarz und farbig, sowie

Futterstoffe

empfiehlt

Karl Blaich, Telefon Nr. 5.

Ein- oder Zweifamilienhaus

mit kleinem Gemüse- und Obstgarten, Nähe einer Großstadt oder in einer kleineren Stadt

zu kaufen gesucht.

Angebote unter A. P. 483 an G. Geertens, Annoncen-Expedition, Hagen i. W. erbeten.

Stottern

Angstgefühl, Stammeln, Räseln, Lispeln und andere Sprachstörungen beseitigt erfahren r Spezialist unter Garantie, wenn die Untersuchung keine organischen Fehler ergab, ohne Berufsstörung in kurzer Zeit. Keine Apparate die im Mund oder auf dem Körper zu tragen sind etc. (Einzelbehandlung.) Amtlich beglaubigte Dank-schreiben Geheilte liegen zur Einsicht auf. Nicht zu ver-wecheln mit minderwertigem Angebot.

Südd. Spezialinstitut für Sprachstörungen

Zweigdirektion für Baden Pforzheim Dillsteinerstraße 3a. (Eingang Geystraße Café Heim.)

Sprechstunden: Werktags und Sonntags 11-1 Uhr.

Schreinermeister

spezialisiert Euch,

indem Ihr nur einen, höchstens zwei Artikel, in allereinfachster Form in Eiche roh, innen Buche roh, jedoch in guter Aus-führung bei Verwendung von gut getrocknetem Holz liefert.

Schränke, 140 und 160 cm breit,

Bettstellen, 200/100 cm,

Waschkommoden, 105/55 cm,

Nachtische

alles

ohne Glas.

Genaue Angaben der Adressen unter gleichzeitiger Angabe, welcher Artikel und wieviel ungefähr monatlich geliefert wird. Angeb. unt. „Schlafzimmermöbel“ an den Verlag d. Zeitung.

Württembergisches

Chevermittlungsbüro

Ernst Tridtinger,

Saunstadt, Königstr. 11, 2

Auskunft diskret für Damen und Herren gegen Rückporto.

Wir suchen für dauernd

einen tüchtigen jungen

Zimmergesellen

für alle einschlägigen Arbeiten.

Angebote an unser Kontor

in Rotenbach erbeten.

Krauth & Comp.

Grunbach.

Habe einige neue

Dezimal-

Brüdenwagen

mit Schiedgewicht preiswert

zu verkaufen.

Alfred Schag.

Höfen.

1/1

Neuenbürg. Mitglieder und Freunde des Verschönerungs- u. Fremdenverkehrs-Bereins

sind hiemit zur

Jahresversammlung

auf morgen Samstag abend 8 Uhr zu Wirt Schwaiber

(Nebenzimmer) mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen ein-

geladen.

Fussball-Verein

Abteilung des Turnvereins Neuenbürg.

1. und 2. Mannschaft am

Freitag abend 8 Uhr in

„Felsenkeller“

Spielerziehung.

Der Vorstand.

Schömburg.

Eingetroffen prima

Sunlight-Kern-Seife

bei

Alfred Reinicke.

Verband unter Nachnahme.

Badhotel

Wildbad

sucht für die kommende Saison

noch 1 bis 2

Büffet-Fräulein

sowie einige

Hausmädchen.

Wildbad.

Ein

Zimmermädchen,

eine

Saaltochter

in gute Pension gesucht.

Näheres in der Enghäuser-

schäftsstelle.

Mädchen

gesucht für besseren Haus-

halt, nicht unter 19 Jahren,

bei hohem Lohn.

Frau Emma Burghard,

Wforzheim, Berrennerstr. 1.

Mädchen

für Küche und Haushalt bei

hohem Lohn gesucht.

Frau Otto Edermann,

Wahr, Friedrichstraße 23.

Gesucht in Privathaus zu

3 Personen tüchtiges

Mädchen

das Kochen, sowie ein

Zimmermädchen,

das Nähen und Bügeln kann.

Ludwigstraße 39,

Freiburg i. B.

Gesucht ein braves, williges

Mädchen

für Küche u. Hausarbeit, bei

hohem Lohn.

Frau E. Schmidt,

Randern/B., Kirchstr. 1.

Kaufe dauernd Hühner

zahle höchste Preise.

Dorubach, Rölln-Satz 54

Legiduststraße 68.

Evang. Gottesdienst

in Wildbad.

7. März Oktal, 9 1/2 Uhr Predigt

Stadtpfarr Bischof.

10 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

1 Uhr Christenlehre:

Stadtpfarrer Dr. Federlin.

2 Uhr Bibelfunde:

Stadtpfarrer Dr. Federlin.

7 1/2 Uhr Evang. Jünglingsverein.

Evang. Gottesdienst

in Salmbach.

Sonntag, den 7. März, 10 Uhr

Predigt-Gottesdienst, 1 1/2 Uhr

Christenlehre (Schule.)

Wittwosch, den 10. März 3 Uhr

Bibelfunde.

Freitag, den 12. März 3 Uhr

Wittwoschverein.